

ANDREAS MATTFELDT MdB

Verden-Osterholz

BERLIN AKTUELL

Liebe Freunde,

das Bundeswirtschaftsministerium um Robert Habeck steht Kopf. Die Nachrichten, die uns diese Woche erreicht haben, machen mich fassungslos. Die familiären Verflechtungen im Ministerium und dort angegliederten Organisationseinheiten, allen voran um die Personalie von Herrn Graichen können wir so nicht hinnehmen. Noch fassungsloser macht mich, dass der Minister diese Verhandlungen auch noch öffentlich kleinredet und sich keiner Schuld bewusst ist. Ganz abgesehen von dringend notwendigen Konsequenzen, um nicht völlig den Respekt vor den Bürgern zu verlieren.

Ähnlich desolat zeigte sich die Regierung um das Wirtschaftsministerium am Montag in einer öffentlichen Anhörung des Petitionsausschusses, in der es um den Aufbau von Flüssiggasspeichern, sogenannten LNG-Terminals, vor der Küste Rügens ging. Der zuständige parlamentarische Staatssekretär hat uns Parlamentarier auf eindeutige Nachfrage eskalt die relevanten Informationen vorenthalten und damit nicht nur die Kompetenz des Parlaments, sondern auch des Petente und der Bürger von Rügen in Frage gestellt. Die Ampel-Regierung vergisst zunehmend, dass ein Parlament sich eine Regierung hält und nicht umgekehrt.

Zum Glück gab es neben all dieser Nachrichten auch schöne Momente in dieser Woche. Besonders gefreut hat mich der Besuch von 50 tollen Bürgerinnen und Bürgern aus Osterholz und umzu, die auf dreitägigen Besuch in der Bundeshauptstadt waren. Auch eine Gruppe ehemaliger Bundeswehrosoldaten aus dem Wahlkreis war bei mir im Bundestag, worüber ich mich sehr gefreut habe.

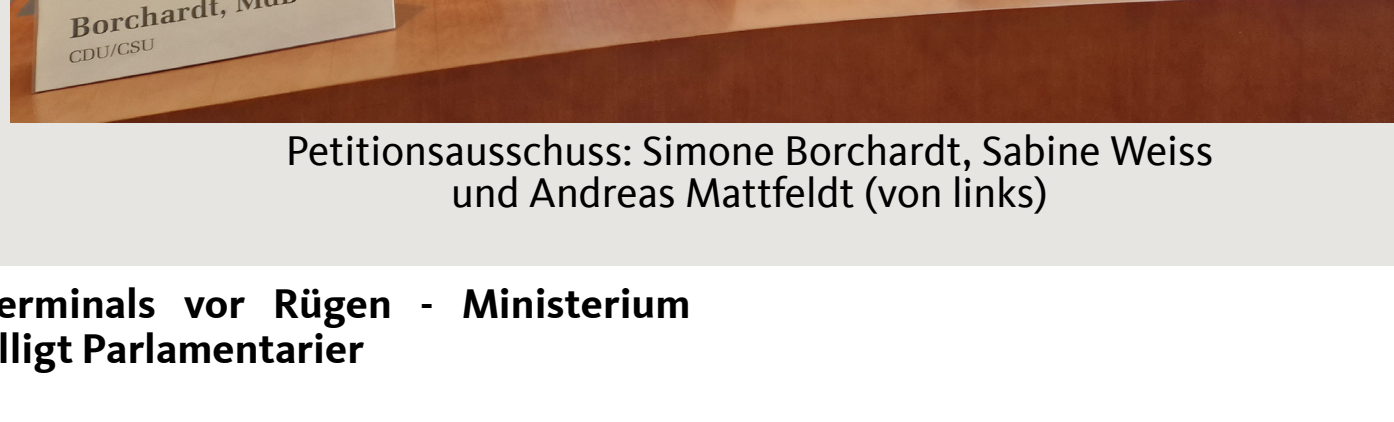
Alles weitere habe ich Euch wie immer in diesem Newsletter zusammengefasst. Viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße

Ihr/Euer

Andreas Mattfeldt

THEMEN DER WOCHE



Petitionsausschuss: Simone Borchardt, Sabine Weiss und Andreas Mattfeldt (von links)

LNG-Terminals vor Rügen - Ministerium missbilligt Parlamentarier

Montag habe ich von der öffentlichen Anhörung im Petitionsausschuss zur Errichtung eines LNG- Standortes vor der Küste Rügens berichtet. Was die Bundesregierung sich nun erlaubt hat, macht mich wirklich fassungslos. Dazu gleich mehr.

Zum Hintergrund: Der Petent fordert in seiner Petition, einen direkten Aufbau vor der Küste zu verhindern, um sensible Umweltschutzgebiete und den für Rügen so wichtigen Tourismus zu schützen. Die Terminals in sichtbarer Nähe vor der Küste wären eine grobe Beeinträchtigung.

Ich werbe daher seit längerem für einen Standort 18 Kilometer vor der Küste. Die für unsere Energieversorgung wichtigen Terminals wären dann nicht mehr in Sichtweite des Strandes und wären ein akzeptabler Kompromiss.

Auf meine Nachfrage bei der Anhörung, ob bereits eine Festlegung für einen Standort im Ministerium getroffen wurde, sprach der parlamentarische Staatssekretär Wenzel von einem laufenden, ergebnisoffenen Prüfverfahren. Deshalb wunde-

re ich mich nun sehr, dass heute, nur zwei Tage später, eine Entscheidung für den Standort im Hafen von Mukran getroffen wurde und diese Entscheidung pro Mukran Herrn Wenzel wohl schon vergangene Woche zugegangen ist. Die Ampel-Regierung zeigt hier einmal mehr, dass sie uns Parlamentarier nicht ernst nimmt und gar missachtet.

Über verschiedene andere Vorfälle habe ich ja insbesondere in meinem Newsletter bereits berichtet. Besonders erschüttert mich auch, dass der Petent mit all seinen Mitzeichnern vom Ministerium um Robert Habeck überhaupt nicht ernst genommen wird. Diese Art des Umgangs ist mir in den letzten 14 Jahren nicht untergekommen und in meinen Augen nicht zu akzeptieren. So viel auch zum Grünen Versprechen von Transparenz und Bürgernähe.

Aus diesem Grund haben wir von der CDU/CSU einen Ortstermin beantragt, um dem mit Nachdruck auf den Grund zu gehen.



Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz in Berlin

Habeck hält an Familienbande fest

Die familiären Strukturen im und um das Habeck sche Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz habe ich zum Anlass genommen, eine Parlamentarische Anfrage zu stellen. Von Habeck will ich wissen, welche Stellen und Dienstposten in seinem Bundesministerium bisher umbesetzt oder neu besetzt worden sind und welche Compliance-Regeln dem Personalauswahlprozess, insbesondere auf (angehörigete) Verwandtschaftsgrade und Parteilugehörigkeit, zugrunde gelegt werden.

Man stelle sich einen Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz vor, nennen wir ihn Graichen, der als Mitglied der Findungskommission für den Vorsitz einer zuarbeitenden Institution, nennen wir sie Deutsche Energie-Agentur, bei der Personalauswahl beteiligt ist. Man stelle sich vor, dass aus 11 Bewerbern eine bestimmte Person, nennen wir ihn Schäfer alias Graichens Trauzeuge, von Graichen „eine positive Empfehlung“ in der Findungskommission, und anschließend den Zuschlag für die zu vergebende Stelle erhält.

Bei der Anhörung vor dem Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages äußert sich Graichen: „Mein Fehler war, dass ich dachte, Beruf und Freundschaften kann man trennen.“ Graichens Dienstherr, Habeck, darüber: Gegen Vorgaben des Wirtschaftsministeriums ist „erkennbar verstoßen worden“.

Aber Habeck abschließend: „Ich habe entschieden, dass Patrick Graichen wegen dieses Fehlers nicht gehen muss.“ Wie bitte? Wie hätte Habeck reagiert, wenn das bei der Union passiert wäre?

Vielleicht bringt meine Parlamentarische Anfrage etwas Licht in diese kaum zu durchdringenden Techtelmechtel-Strukturen zwischen dem Habeck-Ministerium und den zuarbeitenden und quasi- anverwandten Institutionen. So etwas habe ich die ganzen Jahre, in denen ich im Haushaltsausschuss zuständiger Berichterstatter für das Bundeswirtschaftsministerium bin, noch nicht erlebt. Auf die Antwort bin ich sehr gespannt! Mehr dazu im nächsten Newsletter.

FOTOS DER WOCHE



Mit den amerikanischen „PPPlern“ Hazel und Lilian

Amerikanische Stipendiaten getroffen

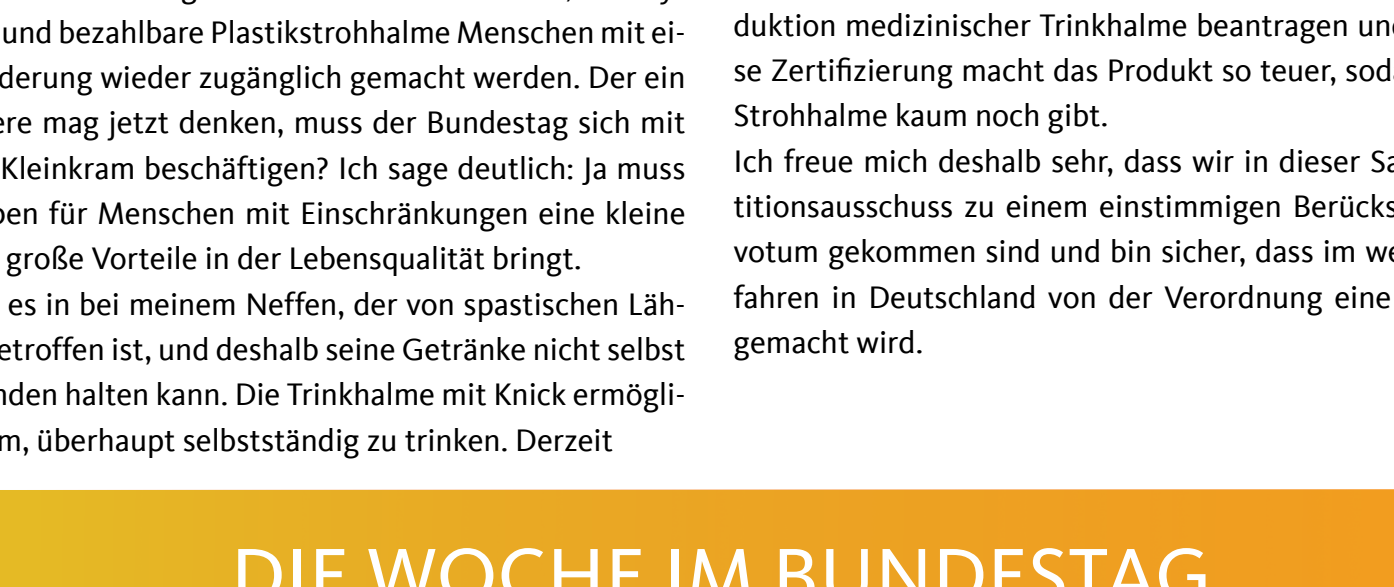
Jedes Jahr darf ich als Abgeordneter einige junge Menschen während ihres Auslandsaufenthaltes betreuen. In dieser Woche habe ich meine beiden aktuellen Patenschülerinnen aus den Vereinigten Staaten wiedertreffen. Hazel Westfall bringt derzeit ihr Auslandsjahr in Kleinlutbergen, Lilian Halpin wohnt bei ihrer Gastfamilie in Osterholz-Scharmbeck. Ich konnte die beiden bereits vor ein paar Monaten in meinem Wahlkreis kennenlernen und habe mich daher sehr über das Wiedersehen kurz vor Ende des Austauschjahres gefreut, um von ihren Erfahrungen in letzter Zeit zu hören. Die zwei haben am sogenannten „Berlinabend“ teilgenommen, an dem sie das Programm vorstellen und mit ihren Abgeordneten und Mitsipendiaten in den Austausch gehen konnten.

Das Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) ist ein Austauschprogramm für Schüler und junge Berufstätige, das mit einem Stipendium des Deutschen Bundestages und dem

US-Kongress gefördert wird. In diesem Jahr feiert das Programm seinen 40. Geburtstag. Jedes Jahr verbringen zahlreiche junge Amerikaner ein Jahr in Deutschland, wo sie in Gastfamilien leben und zur Schule gehen, beziehungsweise in ihrem Fachbereich arbeiten. Ebenso viele Deutsche Teilnehmer bekommen die Möglichkeit, ein Jahr in den USA zu verbringen und „über den Tellerrand“ zu schauen.

Eine Zeit im Ausland ist immer eine ungememe Bereicherung, daher kann ich es jedem ans Herz legen.

Wer selbst einmal Lust auf so einen Austausch in die USA hat und Juniorbotschafter für Deutschland zu sein, kann sich noch bis zum 8. September 2023 für die aktuelle Bewerbungsrunde auf der Internetseite des Bundestages informieren und dort seine Bewerbung einreichen. Ihr findet alles weitere unter www.bundestag.de/ppp



Andreas Mattfeldt MdB bei seiner Rede zum Petitionsausschuss

Meine Rede im Bundestag

Gestern habe ich eine Rede im Plenum gehalten, in der ich ein wichtiges Thema angesprochen habe, das für den Petitionsausschuss beschäftigt hat. Eine Petentin forderte, dass hygienische und bezahlbare Plastikstrohhalm Menschen mit einer Behinderung wie jetzt denken, muss der Bundestag sich mit so einem Kleinramd beschäftigen? Ich sage deutlich: Ja muss er, weil eben für Menschen mit Einschränkungen eine kleine Änderung große Vorteile in der Lebensqualität bringt.

Ich erlebe es in und mit meinem Neffen, der von spastischen Lähmungen betroffen ist, und deshalb seine Getränke nicht selbst in den Händen halten kann. Die Trinkhalme mit Knick ermöglichen es ihm, überhaupt selbstständig zu trinken. Natürlich fehlen es ihm, überhaupt selbstständig zu trinken.

greifer er und seine Einrichtung auf Restbestände zurück, die aber bald verbraucht sind. Derzeit müssen Unternehmen mit hohem bürokratischem Aufwand eine Zertifizierung zur Produktion einigekannter Trinkhalme beantragen und allein diese Zertifizierung macht das Produkt so teuer, sodass es diese Strohhalme kaum noch gibt.

Ich freue mich deshalb sehr, dass wir in dieser Sache als Petitionsausschuss zu einem einstimmigen Berücksichtigungsvotum gekommen sind und bin sicher, dass im weiteren Verfahren in Deutschland von der Verordnung eine Ausnahme gemacht wird.

DIE WOCHE IM BUNDESTAG

Ministerratskonferenz zur Flüchtlingspolitik

Nach monatelangem Zögern hat Bundeskanzler Scholz am 10. Mai endlich eine MPK zur aktuellen Migrationskrise einberufen. In den ersten vier Monaten des Jahres wurden bereits 110.516 Asylanträge in Deutschland gestellt. Zusätzlich haben weiterhin über eine Million ukrainischer Kriegsflüchtlinge bei uns Zuflucht gefunden, mehr als in jedem anderen Land der EU. Die Unionsfraktion hat deshalb von Anfang an das Gespräch mit den Kommunen gesucht, die aktuell die Hauptlast dieser Situation schultern. Beim Kommunalgipfel unserer Fraktion am 30. März haben wir intensiv zugehört und mit den Kommunen echte und rasch wirksame Lösungen erörtert. Deutschland ist ein starkes und hilfsberechtigtes Land. Unser christliches Menschenbild gebietet die Unterstützung für politische Verfolgte und Kriegsflüchtlinge. Die anhaltend hohe Hilfsbereitschaft der Bevölkerung unterstreicht diese Haltung eindrucksvoll. Gerade die Kommunen leisten in dieser Zeit Außergewöhnliches, stoßen aber an ihre Belastungsgrenzen.

Die Maßnahmen, die Bundeskanzler Scholz nun zur Unterstützung der Kommunen vorschlägt, sind jedoch offensichtlich völlig unzureichend: Kaum Begrenzung des irregulären Zuzugs, keine schnelle Entlastung der Kommunen, keine weiteren Zusagen für eine langfristig planbare finanzielle Unterstützung. Wir fordern deshalb: Diese Placebo-Politik muss enden. Wir brauchen jetzt:

Kurzfristig wirksame Maßnahmen für eine Begrenzung des irregulären Zuzugs nach Deutschland wie etwa europäisch notifizierter, lageangepasster Kontrollen an den Binnengrenzen zu Polen, Tschechien und zur Schweiz, solange die zu hohe Zahl illegaler Einreisen anhält. Darüber hinaus müssen wir gemeinsam mit den Staaten und Institutionen der Europäischen Union zu einem kurzfristig konkreten Maßnahmen für einen deutlich effektiveren EU-Außengrenzschutz umsetzen.

Und langfristig planbare und über die bereits zugesagten Pauschalen hinausgehende finanzielle Unterstützung des Bundes für die Kommunen.

Empfehlungen der Beschleunigungskommission Schiene

Am 13. Dezember 2022 hat Bundesverkehrsminister Wissing den Abschlussbericht der Beschleunigungskommission Schiene (BKS) entgegengenommen. Dieser enthält 70 Maßnahmen in fünf Handlungsfeldern, von Vertretern der Branche, der Ministerialverwaltung sowie der Koalitionsfraktionen erarbeitet. Unser Antrag identifiziert – orientiert an den Empfehlungen der BKS – fünf Handlungsfelder, auf denen die Bundesregierung tätig werden muss. Die Bundesregierung bleibt derweil eine Konkretisierung, die gesetzliche Umsetzung der Maßnahmen sowie einen Zeitplan schuldig. Viele der Maßnahmen hätten laut Zeitplan der BKS bereits im ersten Quartal 2023 begonnen werden müssen. Die Handlungsempfehlungen der Schienenbranche drohen nun folgenlos zu bleiben. Deshalb fordern wir: Die Empfehlungen der BKS müssen dringend umgesetzt werden. Diese schnell umsetzbaren Maßnahmen können das Schienennetz und seinen Umsetzungsverkehr deutlich verbessern.

Die deutschen Seehäfen sichern – im Zusammenspiel mit dem Nord-Ostsee-Kanal – Wohlstand, Beschäftigung und Versorgungssicherheit in Deutschland. Zwei Drittel des deutschen Außenhandels werden über die Seehäfen abgewickelt. Rund 70 Prozent seines Energiebedarfs deckt Deutschland durch den Import verschiedener Energieträger über die Häfen. Damit die deutschen Häfen im internationalen Wettbewerb nicht weiter zurückfallen, resiliente und effiziente Energie- und Rohstoffdrehkreuze entstehen und Abhängigkeiten von anderen Staaten reduziert werden, fordern wir mit unserem Antrag: Hafenstandort Deutschland stärken. Dazu schlagen wir neben der Entwicklung einer langfristig angelegten Nationalen Hafenstrategie umgehende, wirksame Maßnahmen vor, die den geostategischen Interessen Deutschlands und der Europäischen Union dienen.

Wasserstoffhochlauf pragmatisch, schnell und technologieoffen voranbringen

Für eine starke Wirtschaft, für Klimaneutralität. Wasserstoff ist der Schlüssel für eine starke und klimafreudliche Volkswirtschaft. Wasserstoff kann einen großen Beitrag zur Sicherung der Versorgung und zur Stärkung der Volkswirtschaft beitragen. Um die Vorteile der Wasserstoffnutzung breit zu entfalten, müssen die Weichen schnellstmöglich gestellt werden. Wir wollen und können Wasserstoff- Weltmeister werden. Dafür

hat die vorherige Bundesregierung unter Führung der CDU/CSU im Jahr 2020 die erste Nationale Wasserstoffstrategie verabschiedet, die auch international weithin für Anerkennung gesorgt hatte. Die Ampel zögert, unsere Antworten als CDU/CSU-Fraktion für einen beschleunigten Wasserstoffhochlauf sind hingegen sehr klar: Wasserstoffherzeugung und Importe müssen emissionsfrei bzw. -arm sein, aber nicht von Beginn an ausschließlich „grün“; die Wasserstoff- Infrastruktur muss von Beginn an ganz Deutschland einbeziehen und europäisch vernetzt sein; Anwendungsfelder für Wasserstoff ergeben sich in einem dynamischen Marktumfeld und sind nicht vorab politisch festzulegen; in Forschung und Entwicklung muss Deutschland wieder international führend werden.

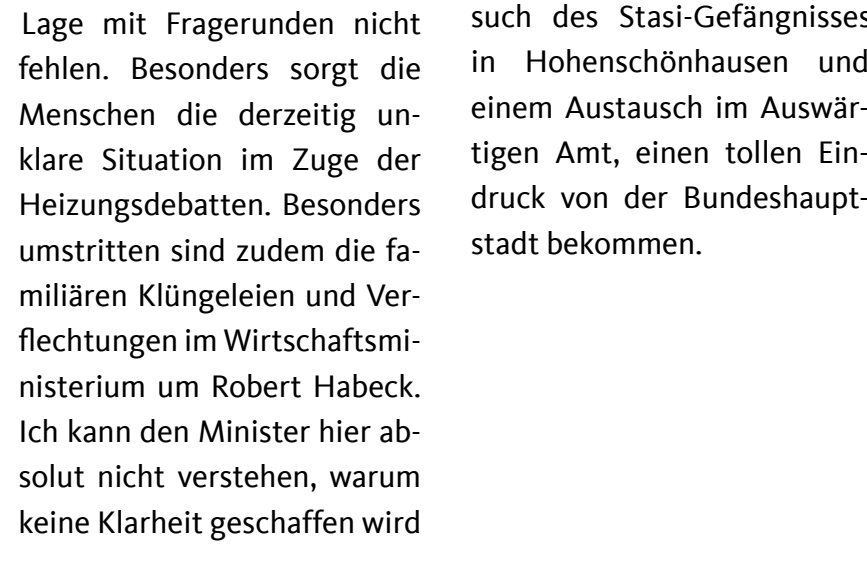
Generalverdacht gegen folgten Dienstverhindern

Prävention gegen Extremismus stärken, Disziplinarverfahren im bestehenden System beschleunigen. An der Integrität unserer Bundesbeamten und Bundesbeamtinnen gibt es keine ernsthaften Zweifel. Alle Untersuchungen und Lageberichte der letzten Jahre zeigen übereinstimmend, dass unsere Staatsdienerinnen und -diener bis auf sehr wenige Ausnahmen fest auf dem Boden des Dienstgesetzes stehen. Unter Demokraten sind nicht geeignet kritisiert und ist Ausdruck des Misstrauens gegen unsere Beamtinnen und Beamten. Der Bund ginge mit dem Gesetzentwurf einen Sonderweg mit ungewissem Ausgang und würde damit den verfassungs- und dienstrechtlichen Konsens in Bund und Ländern brechen.

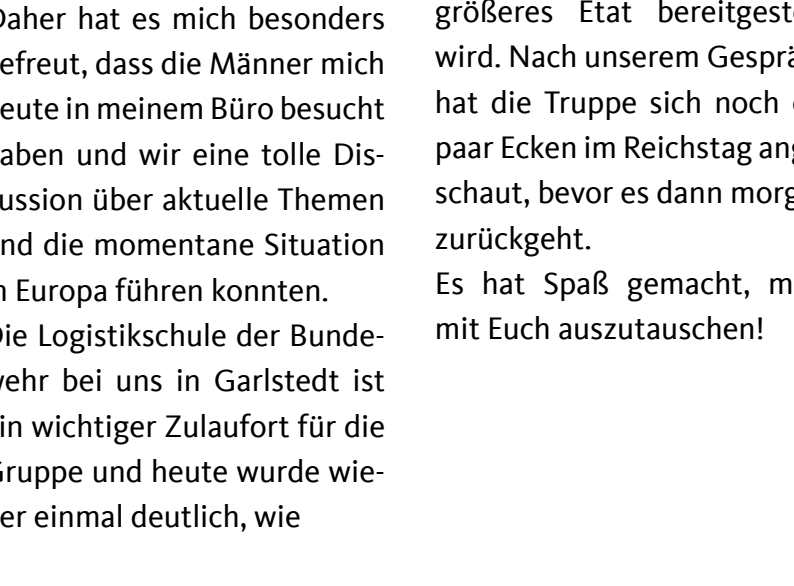
Bundeswehreinsetzung in Mali

In dieser Sitzungswoche haben wir uns abschließend mit der Verlängerung des Mandats zur Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) befasst. Dem Mandat konnten keine weiteren Maßnahmen zur Erweiterung der Mandatsdauer hinzugefügt werden. Die Verlängerung der Unterstützung durch die malische Regierung, etwa durch die regelmäßige Behinderung und Verzögerung von Transportflügen und die nicht durchgehend verfügbare Luftunterstützung als Rückversicherung des deutschen Kontingents, sind inakzeptable Rahmenbedingungen. Das nun vorliegende Auslaufmandat bis zum Mai 2024 stellt eine unnötige Verlängerung des Einsatzes der Soldatinnen und Soldaten dar und vergrößert ihre Gefährdungslage unnötig.

WAHLKREIS AKTUELL



50 Besucherinnen und Besucher aus Osterholz



Ehemalige Soldaten der Bundeswehr

Besuch aus Osterholz und umzu

50 Bürgerinnen und Bürger haben mich in dieser Woche für drei Tage in Berlin besucht. Am ersten Tag stand eine Besichtigung des Reichstags an, auf der ich die Gruppe persönlich durch die Räumlichkeiten führen konnte. Natürlich durfte auch ein gemeinsamer Austausch über die aktuelle Lage mit Fragerunden nicht fehlen. Besonders derzeit die Menschen die sonstige unklare Situation im Zuge der Heizungsarbeiten. Besonders umstritten sind zudem die familiären Klügelungen und Verflechtungen im Wirtschaftsministerium um Robert Habeck. Ich kann den Minister hier abschuld nicht verstehen, warum keine Klarheit geschaffen wird

und dem Bürger vorgegaultet wird, dass die eingesetzten Personalien augenscheinlich in Ordnung geben. In den letzten beiden Tagen hat die Gruppe bei traumhaften Berliner Frühlingserwetter bei verschiedenen Programmpunkten, wie unter anderem einer Stadtführung, dem Besuch des Stasi-Gefängnisses in Hohenschönhausen und einem Austausch im Auswärtigen Amt, einen tollen Eindruck von der Bundeshauptstadt bekommen.

Bundeswehr zu Gast in Berlin

Heute war eine Gruppe ehemaliger Bundeswehrosoldaten bei mir zu Gast. Die Truppe um Waldemar Rohrberg aus Langenfeld kennt sich seit vielen Jahren aus der Kasernenzeit in Lüneburg. Sieheiter machen die Kameraden, die heute zum großen Teil in meinem Wahlkreis leben regelmäßige Ausflüge. Daher hat es mich besonders gefreut, dass die Männer mich heute in meinem Büro besucht haben und wir eine tolle Diskussion über aktuelle Themen und die momentane Situation in Europa führen konnten. Die Logistikschule der Bundeswehr bei uns in Garlstedt ist ein wichtiger Zulaufort für die Gruppe und heute wurde wieder einmal deutlich, wie

wichtig dieser Standort für unsere Region ist. Gerade in der jetzigen Zeit erkennt man deutlich, wie wichtig es ist, eine gut ausgestattete Bundeswehr zu haben. Die vergangenen Jahre, in denen zu viel eingespart wurde machen sich bemerkbar, daher freue ich mich, dass nun wieder ein größeres Etat bereitgestellt wird. Nach unserem Gespräch hat die Truppe sich noch ein paar Ecken im Reichstag angeschaut, bevor es dann morgen zurückgeht.

Es hat Spaß gemacht, mich mit Euch auszutauschen!

TERMINE UND AUSBLICK IM BUND

- 9.-11. Mai: BPräs Steinmeier besucht die Lausitz,
- 10. Mai: MPK mit BK Scholz (Flüchtlingspolitik),
- 10. Mai: 90. Jahrestag der Bücherverbrennung,
- 10. Mai: Statistisches Bundesamt gibt Inflationsrate für April bekannt,
- 10. Mai: Eröffnung der Vertretung der Bundeskanzler-Helm-Kohl-Stiftung,
- 11. Mai: Bekanntgabe Steuerschätzung,
- 11./12. Mai: Umweltministerkonferenz,
- 12. Mai: BK Scholz besucht Steelwind Nordenham GmbH (Hersteller von Fundamenten von Offshore-Windkraftanlagen) und Hafenterminal-Betreiber J. Müller AG in Brake,

- 12. Mai: Verleihung des Deutschen Filmpreises,
- 14. Mai: Wahl zur Bremischen Bürgerschaft und Kommunalwahl in Schleswig-Holstein,
- 9. Mai: Europatag,
- 11. Mai: Rat auswärtige Angelegenheiten,
- 11.-13. Mai: G7-Finanzministerntreffen,
- 12.-15. Mai: G7-Bildungsministerntreffen,
- 12./13. Mai: Informeller Außenministerrat (Ukraine, China),
- 14. Mai: Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der Türkei